

Saale-Zeitung.

Zwölftausenddreihundert Jahrgang.

Anzeigen

werben die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Wg., solche aus Halle mit 20 Wg. berechnet und in der Expedition, von welchen Anzeigenstellen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Bekanntheit die Zeile 75 Wg. Es finden inbegriffen sind: Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

Im Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zahlung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., unvollständiger Gebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am nächsten Belegungs-Belegungs unter Nr. 6816 eingetragen.

Bei der Redaktion verantwortl.: Max Scharre in Halle. Preisveränderung von 10% bis 12% 1/2. (Belegungs-Redaktion Nr. 2332. — Expedition Nr. 176.)

Nr. 106.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 4. März

1903.

Farbe bekennen!

Obgleich es kaum mehr als drei Monate noch sind, die uns von den Neuwahlen zum Reichstag trennen, und trotzdem die Wahlbewegung allenthalben schon in lebhaftem Fluss geraten ist, wissen einzelne Parteien noch immer nicht, unter welcher Parole sie diesmal den Wahlkampf führen sollen. Schon kürzlich haben wir darauf aufmerksam gemacht, wie sich die Konservativen kampfbereit befinden, von der Regierung den Kampf gegen die Sozialdemokratie zur Wahlparole gemacht zu haben, und wir haben nicht verfehlt, dieses Bemühen als politische Scheuerei zu bezeichnen, weil gerade die Konservativen bei jeder Gelegenheit mit ihrem Uebergang zur Sozialdemokratie zu drohen pflegen, aber nichtsdestoweniger versucht man weiter, die leitenden Kreise zu einem Kreuzzug gegen den „Lumpen“ sich zu machen. Das ein solches Regimen nicht den erhofften Erfolg haben würde, eine solche Parole auch keineswegs genügt, betont namentlich das führende Organ des Bundes der Landwirte, die „Dtsch. Tagesztg.“, und sie scheint einige Bemerkungen darüber zu empfehlen, das auch kein anderes Schicksal, von dem die „Mittelblätter“ sich einige Zugkraft auf die Wähler versprechen könnten, ausfindig gemacht werden konnte. Die Kulturkampfbewegung, mit der man neuerdings hier und da in den Vordergrund tritt, dürfte, das ist auch unsere Meinung, ihren Zweck erst recht verfehlen und sie ist, nebenbei gesagt, auch zu gefährlich, als dass man sie zum Schützen des Wahlkampfes benutzen sollte. Wir haben an konfessionellen Hader und religiösen Gegenjahren im Reiche übergenug, um sie nicht ohne zwingende Notwendigkeit noch zu verschärfen, ganz abgesehen davon aber würde eine Kulturkampfparole den im Interesse unserer Geistesbildung durchaus nicht wünschenswerten Erfolg haben, das in sich liegende Zentrum alsbald wieder fest zusammenzufassen, nicht zu reden von den sonderbaren Gebilden, das ein unter solcher Parole gewählter Reichstag darstellen würde, sobald die wirtschaftlichen Fragen ihr Recht verlangen.

Bis auf weiteres wird man also auch in den konservativen und nationalliberalen Kreisen damit rechnen müssen, die kommenden Handelsverträge in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt zu sehen. Es ist ein geradezu fundamentaler Irrtum dieser Parteien, dem wir auch jetzt bei ihren Wahlvorbereitungen hier in Halle begegnen, wenn sie annehmen, die Frage nach der Gestaltung der neuen Handelsverträge aus dem Wahlkampf ausschalten zu können, nachdem der Zolltarif fertig geworden ist. Als man sich besinnt, den famosen Antrag Kardorff und damit den Tarif unter Dach und Fach zu bringen, glaubte man, die volkspolitische Frage der Agitation entrückt zu haben, vermag aber dabei, das auch die Handelsverträge, die auf Grund dieses Tarifs etwa zustande kommen, der Genehmigung des Reichstages bedürfen und das es dem kommenden Reichstag, je nach seiner Zusammensetzung, in die Hand gegeben sein wird, die Verträge abzulehnen oder anzunehmen. Selbst wenn die neuen handelspolitischen Vereinbarungen mit anderen Ländern streng gemäß der im Zolltarif gegebenen Direktive erfolgen oder erfolgen könnten, hat es der neue Reichstag in der Hand, diesen Vereinbarungen seine Zustimmung zu verweigern und daraus ergibt sich, daß die Kardorff-Vereinbarung mit ihrem Vorgehen im Grunde genommen keinen anderen Erfolg erzielt hat, als den, den Wählern die Augen darüber zu öffnen, was von ihr alles zu erwarten ist, wenn sie auch im neuen Reichstag das Wort in der Hand behält. Es unterliegt für uns gar keinem Zweifel, daß der so kommende Wahlkampf und die Erfolge, die er zeitigt, von nicht zu unterschätzendem Einfluß auf die Gestaltung der neuen Handelsverträge sein werden, denn richtiger wie eine mehr oder weniger interessierte oder durch andere Sonderwünsche geleitete Reichstagsmehrheit kann die Wählerkraft der Regierung den Weg zeigen, den diese zu gehen hat, wenn sie aus dem Scheiternfolge, der ihr durch die Annahme des Zolltarifs bereitet wurde, einen wirklichen Erfolg machen will. Deshalb können wir diesmal ganz ausnahmsweise auch der „Dtsch. Tagesztg.“ zustimmen, wenn sie heute wiederholt festhält, daß, so ungenügend es vielen Politikern, besonders in den Mittelpartien, sein mag, man sich damit nicht abfinden müssen, die wirtschaftlichen Fragen auch bei den nächsten Wahlen in Vordergrund und im Mittelpunkt des Interesses stehen zu lassen. Die handelsvertragspolitisch — wie hochschulmäßig, das ist die einzige Wahlparole, die mit Hechtigung aufgeworfen werden kann, und daß sie aufgeworfen wird, dafür wird nicht nur der Mund der Landwirte, sondern auch die freisinnige Partei sorgen, die im Zolltarif eines der gefährlichsten und verderblichsten Instrumente sieht, die jemals der Regierung zur Regelung wirtschaftlicher Angelegenheiten in die Hand gegeben worden sind.

Alle Kreise haben gleichmäßig Interesse daran, diese Frage zum Gegenstand eines Wähler-Plébiscits gemacht zu sehen, und man sollte meinen, selbst der Regierung könnte es nur lieb sein, wenn sie Gelegenheit findet, sich über die Stimmung, in die ihre Wirtschaftspolitik die Bevölkerung versetzt hat, zu orientieren. Die mittleren und kleinen Landwirte, sie würden unter der Herrschaft des neuen Zolltarifs genau ebenso zu leiden haben, wie die Handwerker, wie Kaufleute und Industrielle, ganz zu schweigen von den Arbeitern, die man doppelt benachteiligt, indem man ihnen die Erwerbsmöglichkeit verringert und die Lebenshaltung verteuert oder, was gleichbedeutend ist, verächtlicht. Den ersteren verteuert man die Viehhal-

tung, den Handwerkern und Gewerbetreibenden die ihnen unentbehrlichen Rohstoffe und Handelsartikel, dem Handel und der Industrie aber bestränkt man die Möglichkeit weiterer Ausbreitung, und das Ganze nennt man dann — Mittelstandspolitik. Ueber diese Art von Politik wird man den Wählern die Augen zu öffnen haben und man muß sagen: eine dankbarere und praktischere Aufgabe kann es kaum geben. Dankbar, weil sie eine Fülle von Material heraufbeschwört und trefflich geeignet ist, die durch und durch verkehrte Wirtschaftspolitik der Regierung und der dieser zur Seite stehenden Parteien zu illustrieren, praktisch, weil sie jeden, der sich um das Vertrauen der Wähler bemüht, nötigt, Farbe zu bekennen. Mit verschönten Programmen der Art etwa, „der Zolltarif ist Gesetz geworden und ich habe dabei mit diesem Gesetz und den sich auf dasselbe aufbauenden handelspolitischen Maßnahmen mich abgefunden“, Programme, wie sie hier in Halle aufgetaucht sind, ist den Wählern nicht gedient klar und bündig müssen sie hören, auf welche Seite sich der Kandidat in den bevorstehenden großen Auseinandersetzungen zu stellen gedenkt, denn: „Sage mir, wie du über den Zolltarif und die künftigen Handelsverträge denkst, und ich will dir sagen, wo's politisches Geistes du bist!“ Ein Hochschützler kann niemals ein Volkstreuender sein, ebenso wenig, wie ein in Wahrheit liberaler Mann sich jemals mit entgegengesetzten Können von dem Grundgedes des freien Warenaustausches, des ungehinderten Verkehrs abwenden. Sch.

Deutsches Reich.

Die ländliche Arbeiterfrage.

Ueber das hochaktuelle und wichtige Kapitel von der Landflucht hat Professor Dr. Gerlach in Königsberg i. Pr. in einem „Kursus für ältere Landwirte“ einen Vortrag gehalten, aus dem auch für „jüngere“ Landwirte manch Beherzigenswertes und Neues zu entnehmen wäre. Prof. Gerlach steht auf dem Standpunkte, daß Vorschläge, wie sie z. B. die Nationalökonomischen Sach. Büros und Zeitung gemacht hätten, ein all-gemeinerer Versuch der Verengung ausländischer Arbeiter zu erlassen, mit Entschiedenheit von der Hand zu weisen werden müßten. Er hat das Mittel, das man in erster Reihe zur Steuerung der Landarbeiterfrage empfohlen hat, die „innere Kolonisation“, d. h. den Plan, die Landflucht durch Aufstellung größerer Gutshöfe in Bauerndörfern zu verhindern, eingehend untersucht und zu diesem Zwecke zunächst die Frage geprüft, ob es wahr sei, daß der Mangel an ländlichen Arbeitern da am größten und empfindlichsten sei, wo es keine kleinen Besitztümer, sondern ausschließlich oder fast ausschließlich Großgrundbesitz gebe. Dabei ist er auf hochinteressante Zahlen aus der Enquete gekommen, die die Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen über die Frage der Landflucht angestellt hat und deren Ergebnisse bisher vollständig unbekannt waren. Danach sind von 1886 bis 1890 aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen und 50,000 Landbewohner abgewandert, von 1890 bis 1900 ca. 39 bis 40,000, im Regierungsbezirk Königsberg in dem ersten Jahrzehnt 81,000, im zweiten 59,000, im Regierungsbezirk Gumbinnen 6,34 bzw. 4,78 Proz., im ganzen also über 11 Proz., und im Regierungsbezirk Königsberg 6,9 bzw. 4,9, im ganzen also ebenfalls über 11 Proz. der Gesamtbevölkerung. In den Kreisen Gumbinnen, Völsn, Darkehmen, Johannsburg, Heilsberg und Angerburg, des Regierungsbezirks Gumbinnen hat die Abwanderung in den zehn Jahren mehr als 12 Proz., im Kreise Angerburg sogar 16,8 Proz. betragen, im Regierungsbezirk Königsberg in den Kreisen Wollgarden 15,3 Proz., Gerbarden, Br. Holland und Friedland 15 bis 18 Proz., im Kreise Braunsberg 13,4 Proz. und im Kreise Br. Eylau den ungeheuerlichen Prozentsatz von 20 Proz. Nun zeigt sich aber, daß in keinem der am meisten von der Abwanderung betroffenen Kreise das kleinbäuerliche Besitztum mit zwei bis fünf Hektar Land gerechnet mehr als 2 bis 3, im höchsten Falle 5 Proz. der Fläche des gesamten Staats land hat, und auch dem mittleren Besitz nur 3 bis 10 bzw. im Maximum 10 bis 20 Proz. des Arealis gebührt, während auf die großen Güter 40 bis 60 Proz. und auf den großbäuerlichen Besitz 40 bis 50 Proz. treffen. Nach diesen Zahlen kann man es als außer allem Zweifel stehen ansehen, daß die Abwanderung in einem gewissen Verhältnis steht zur Verteilung des Besitzes, d. h. der Landfluchtentscheidung treibt die Leute aus dem Lande) und Prof. Gerlach hält es demgemäß für zweckmäßig, in den Kreisen, wo es an genügendem kleinen und mittleren bäuerlichen Besitz fehlt, mit der Schaffung solcher Stellen vorzugehen.

Prof. Gerlach ist im übrigen der Ueberzeugung, daß die ganze Landarbeiterfrage in der Hauptsache eine Schwarzarbeiterfrage sei. Eine der Hauptursachen der Schwarzarbeit erblickt er darin, daß die Arbeiter ein „indirekter“ Arbeiter sei, daß die Beziehungen zum Gutsherrn so wenig unterfahle, daß z. B. die Verantwortung der Enquete die meisten Arbeiter klar stellen, über die Schwarzarbeit können sie nichts angeben. Hier ist also ein direktes Lohnverhältnis anzustreben. Zu vermeiden sei ferner, die allzu ausgedehnte Heranziehung der Kinder zur Arbeit, durch die ebenfalls die erwachsenen Arbeiter vertrieben würden, und nicht zu unterschätzen die oft so weite Entfernung der Schule von den Gütern, wo viele Arbeiter, die Kinder haben, von der Schule trennen. Des weitesten ist immer wieder die Möglichkeit zu betonen, die freudlichen und gesunden Arbeiterwohnungen bezulegen sei, und endlich sei eine Verringerung der Kontrakte zu empfehlen, die noch viel zu häufig, z. B. mit Bezug auf die Bestellung von Fuhrwerk, auf das Wohlwollen des Gutsherrn appellieren, statt feste, begrenzte Abmachungen zu treffen. Vor-

allem aber dürfe der Landwirt nicht vergessen, daß die gute alte Zeit des „patriarchalischen“ Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch auf dem Lande definitiv vorüber sei. In dem Arbeiter die Person, die Menschenwürde zu achten, sei die erste Bedingung, die der Menschwürde des Besizers an ländlichen Arbeitern. Die wichtigsten Punkte, die Prof. Gerlach zur Lösung der Arbeiterfrage auf dem Lande erwähnt, sind auch inwiefern mehrheitlich betont worden. Es läge im eigenen Interesse unserer Agitateure, sich vernünftigen Vorteils wegen nicht zu scheuen und sich nicht allen Forderungen, die die veränderten Verhältnisse stellen, konsequent zu verschließen.

Liquidation des Hallischen Kornhanfes?

In Halle und auswärts hat sich das Gerücht, daß der Aufsichtsrat des Hallischen Kornhanfes beschlossen habe, den Kornhanfsgesellschaften die Liquidation zu empfehlen. Wichtig ist sich das Gerücht — und die fortgesetzten schweren Verluste in finanzieller Beziehung machen es sehr wahrscheinlich — so würde damit der Zusammenbruch eines agrarischen Unternehmens größten Stils herbeiführen, das seine Zeit unter überaus glänzenden Erwartungen und Anstrengungen ins Leben gerufen wurde. Es wäre eine Krone des Schicksals, daß gerade die Gründung, die der verlorene agrarische Altkornhanf-Landesökonomierat v. Mendel-Sternburg in besonderem Aufwande seiner agitativen Kraft geschaffen und Jahre hindurch mit außerordentlicher Beharrlichkeit und numerischem Opfer gepflegt hat, schon so rasch ihrem geistigen Vater ins Grab nachfolgt. Was die finanzielle Lage der Gesellschaften, das Defizit in 86,400 Mark im Vorjahre und die neuen großen Verluste in diesem Jahre mit aller Macht auf eine Auflösung des Unternehmens hindringen, haben wir nentlich schon einmal des näheren dargestellt. Wenn inzwischen, wie jene Gerüchte wissen wollen, auch dem Aufsichtsrat die Ueberzeugung gekommen sein sollte, daß man das Kind, das schon bei der Geburt den Todesstempel in sich trug, nicht länger am Leben erhalten könne, so wäre das kein Verlust für unsere Landwirte, wohl aber wäre es eine Verschärfung des Kaufmannsstandes, dem man i. Z. ganz unverdient nachsagt, er sammele mühelos durch den Gerüchtelei des Reichstages und nehme dem Landwirt den fauer erarbeiteten Bestand. Das Schicksal des Hallischen Kornhanfes sagt, was von solchen Verschickungen und Auflagen auf unseren Handelsstand zu halten ist.

Politisches.

* Das „Berl. Tagebl.“ hatte, wie erinnerlich, eine angelegliche Unterredung mit dem stellvertretenden mit dem neuen Vertreter Deutschlands in Amerika, Baron Speck v. Sternburg, veröffentlicht. Der Gesandte sollte dabei auch von „antiklerikaler Politik“ Bismarcks „geprochen haben. Baron Sternburg erklärte nunmehr, der Bericht sei teilweise so lächerlich, daß er eine Erklärung unter seiner Würde halte.

Kirche und Schule.

* In Karlsruhe in Baden hat sich ein Komitee gebildet und ebenfalls einen Aufruf gegen die Aufhebung des § 2 des Schulgesetzes erlassen.

Parlamentarisches.

* Ein Antrag auf Abänderung des Einkommenssteuerengesetzes ist von dem Abg. Reich-Düsselhoff im Abgeordnetenhaus eingebracht worden. Derselbe beantragt mit Unterbrechung der Transaktionsfrist folgende Abänderung: Einziger Artikel. In dem § 9 Abs. 1 Ziffer 4 des Einkommenssteuergesetzes vom 24. Juni 1891 werden vor dem Worte „direkten“ die Worte „Gemeindeabgaben und“ eingeschoben.

Die Gemeindeabgaben sollen demnach auch bei der Verrechnung des einkommensteuerpflichtigen Einkommens in Abzug gebracht werden können.

Parteienchronik.

* Wie in Breslau und Leipzig hat auch in Hagen ein Bezirksrat der freisinnigen Volkspartei stattgefunden. Elf westfälische und rheinische Wahlkreise waren dort durch 125 Delegierte vertreten. An der Vertrauensmännerversammlung aus dem Kreise Hagen-Schwelm nahmen über 700 Personen teil. Außer dem Abg. Richter waren noch die Abg. Richard Schmidt-Gerber und Sabina-Sollingen anwesend. Die öffentliche Versammlung am Abend war von etwa 1100 Personen besucht. Hunderte mußten von der Polizei wegen Ueberfüllung des Saales zurückgewiesen werden. Die „Mein.-Weltl. Ztg.“ berichtet über die Versammlung:

Richter hielt eine 1/2stündige Rede mit der Sozialdemokratie, die er als schädlich angriff. Ueber diese die ganze „öffentliche Meinung“ dieser Partei bei der Bedeutung des Sozialismus nach und vornehmte sich nicht gegen die gegen ihn und seine Partei gerichteten Verleumdungen der Sozialdemokraten und bemerzte mit dem für Richter sehr bezeichnenden Stolz, daß er, der gegenüber einem Fürsten Bismarck seinen Standpunkt behauptet habe, gewiß nicht vor Webel, Singer und Stadthagen weichen würde. Die Versammlung nahm diese Bemerkung der sozialdemokratischen Partei mit höchlichem Beifall auf. Die anderen Parteien erwählten Richter in seiner Rede nicht. Die „Mein.-Weltl. Ztg.“ hatte früher gemeldet, die Nationalliberalen in Hagen-Schwelm würden diesmal im ersten Wahlzuge für Hagen Richter stimmen. Sofort erhob sich aber die „Nat. Corr.“, das offizielle Organ der nationalliberalen Partei, um zu erklären, die Nationalliberalen hätten gar nicht daran auf eine eigene Kandidatur zu verzichten. Der letzte Sonntag in Hagen dürfte die dortigen Nationalliberalen aber überzeugt haben, daß sie mit ihrer Sonderabwahl nicht anstreifen werden. Es ist eben nicht die gegebenen Verhältnisse zu Hilfe zu machen, wenn ein Erfolg gegen die Sozialdemokratie erzielt werden soll.

